

Der Bürgermeister berichtete aus der Sitzung des Aufsichtsrates der Energieversorgungsgesellschaft (EVG) vom 16.12.2008. Neue Erkenntnisse lägen nicht vor. Die Kartellbehörde habe einer Veräußerung der Anteile der Beteiligungsgesellschaft Bonn / Rhein-Sieg mbH (BRS) an ein Kölner Energieunternehmen bislang nicht zugestimmt. Die diesbezügliche Prüfung werde noch etwa vier Monate andauern. Bis dahin würden innerhalb der EVG die möglichen Szenarien im Falle der Veräußerung erarbeitet.

Die EVG sei noch nicht im Besitz des Gasnetzes. Die Einleitung eines Klageverfahrens wäre möglich. Nach Entscheidung des Aufsichtsrates solle jedoch zunächst die kartellrechtliche Genehmigung abgewartet werden. Die rhenag verweigere die Netzübergabe an die EVG unter Berufung auf ein Urteil des Oberlandesgerichtes Frankfurt. Zu diesem Urteil werde im Jahr 2009 eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) erwartet. Die rhenag habe angekündigt, das Gasnetz herauszugeben, wenn sich dies aus dem zu erwartenden Urteil des BGH ergebe. Die finanzielle Größenordnung des Netzerwerbs sei dabei jedoch noch nicht geklärt. Dies sei gegebenenfalls Gegenstand eines weiteren Verfahrens. Sollte eine gerichtliche Klärung erforderlich sein, müsse die Zeitdauer auf Nachfrage von Herrn Dr. Lennartz auf drei bis fünf Jahre kalkuliert werden.

Herr Knülle betonte die Wichtigkeit einer Berichterstattung im Rat, damit auch die nicht im Aufsichtsrat vertretenen Ratsmitglieder über den aktuellen Sachstand informiert sind. Die Entwicklung für das Jahr 2009 schätzte er positiv ein. Der Ausgang des Verfahrens der Kartellbehörde und dessen Konsequenzen seien zu gegebener Zeit auch im Rat zu erörtern.

Frau Jung legte Wert darauf, dass Wortbeiträge von Aufsichtsratsmitgliedern der EVG nicht durch Dritte zitiert werden. Diese seien nicht öffentlich.

Frau Bergmann-Gries erläuterte, dass eine interne Information innerhalb der SPD-Fraktion zu der Aufsichtsratssitzung der EVG nicht möglich gewesen sei. In der nicht öffentlichen Sitzung des Rates solle Gelegenheit gegeben werden, weitere Nachfragen zu stellen.

Der Bürgermeister äußerte sich verwundert über den Antrag der SPD-Fraktion in dieser Angelegenheit (Drucksachen-Nr. 08/0442). Im Rahmen der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 17.11.2008 sei seitens der Verwaltung eine Berichterstattung in der heutigen Ratssitzung zugesagt worden.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilte Herr Metz mit, dass Entscheidungen zur weiteren Vorgehensweise nach Vorliegen der Entscheidung der Kartellbehörde dem Rat vorbehalten sein müssten.

Herr Köhler vertrat die Auffassung, die BRS hätte erhalten werden können, wenn diese seinerzeit bei der Vergabe der Gaskonzession berücksichtigt worden wäre. Frau Jung merkte hierzu an, die BRS hätte keinen wesentlichen Einfluss auf die Übergabe des Gasnetzes gehabt.